

## Bayern und Schlesien.

Aus Berlin schreibt man uns: Seit Monaten läßt sich die deutsche Gasse in der Rolle ab, unsere Gesamtlage zu erschweren und die Rückkehr zu erlösender wirtschaftlicher Arbeit zu verhindern. Während Truppen aller deutschen Stämme gegen das Münchener Exekutivkomitee marschieren, bereitet sich in ihrem Rücken, in Künigsberg, ein Ausschuss vor. Es ist deutlich erkennbar, wie im ganzen Reich die Spartakisten die letzte sich bietende Chance zum Umsturz, die Münchener Sowjet Herrschaft, benutzen möchte. Erst einmal der bayerische Kommunistenterror vorüber und der Frieden geschlossen, so hat der deutsche Volkswirtschaft keine Hoffnung mehr, sich durchzusetzen. Wie die durch das Los angelegten haben ziehen die Spartakisten des Reiches nach dem Südwestwinkel unseres Vaterlandes und schaffen hinter der Front der Regierungstruppen eine schmale, bedeutende Frontlinie. — Kaum hat der Streik im Ruhrgebiet sein Ende erreicht, so geht es in Oberschlesien los. Die dortigen Bergwerke sind in den Aushand getreten, die Bahnangestellten und Arbeiter schließen sich an, ihrem Beispiel zu folgen und in Gletwig ist es bereits zu schweren blutigen Zusammenstößen gekommen. Der Generalkonflikt steht bevor. An der Spitze der Forderungen steht das Verlangen, die Regierung möchte den Belagerungszustand aufheben und die Freiwilligenverbände auflösen. Die Streikenden scheinen nichts davon zu wissen, daß der Führer der polnischen Truppen, die jetzt durch Deutschland fahren, der General Dauter, längst in Protokoll die Eroberung West- und Ostpreußens und Schlesiens durch die Polen angekündigt hat. Immer wieder erleben wir es, daß Teile unseres Volkes durch doktrinaire Ideen und blinden Eigennutz verführt werden, die Geschäfte unserer nationalen und politischen Feinde zu besorgen.

## Dertliches und Sächsisches.

Riesa, den 28. April 1919.  
— Tagesordnung zur Sitzung des Stadterordnetenkollegiums am Dienstag, den 29. April 1919, nachm. 5 Uhr. 1. Beitritt zur Fluggenossenschaft Mittelsachsen. Berichterstatter: Herr Stadt. Vizevorst. Romberg. 2. Abordnung eines Lehrers zu dem Kursus für Lehrer an Fortbildungsschulen. Berichterstatter: Herr Stadt. Scherffig. 3. Feuerungsbeschlüsse für die Lehrer an den Volksschulen und an der Oberrealschule i. G. und für die Stadt. Beamten und Angestellten betr. Berichterstatter: Herr Stadt. Wende. 4. Festsetzung der 1919 zu erhebenden Steuerbeiträge. Berichterstatter: Herr Stadt. Sander. 5. Lohnsatz für die Arbeiter der Stadt. Betriebe. Berichterstatter: Herr Stadt. Fiedler. 6. Erbauung eines Kohlenkuppens für das Gaswerk. 7. Mittelungen. Nichtöffentliche Sitzung.

— Vom Frühjahrsmarkt. Die ungünstige Witterung des gekriegten Sonntags verminderte den Besuch des Frühjahrsmarktes nicht zu beeinträchtigen; er würde, auch wenn der April einmal ein Einsehen gehabt hätte, kaum besser haben sein können. Man darf daher annehmen, daß die wenigen Händler nicht Ursache hatten, über schlechte Geschäfte zu klagen. Der frühe Schluss der Verkaufzeit, der am gekriegten Sonntag zum ersten Mal in Erscheinung trat, dürfte ihnen ihre gekriegten Einnahmen freilich etwas geschmälert haben. Die Besichtigung des Marktes ist diesmal eine sehr schwache. Die Zahl der Verkaufshände auf dem Frankmarkt dürfte gegen die Friedensjahre wohl um über die Hälfte zurückgegangen sein. Das Bewusstsein dieses Beschlusses eben die Jahrmärkte ganz erheblich. Gut vertreten sind noch die Tierfreimärkte. Auf dem Altmarkt und auf der Rechner Straße sehen Schaustellungen gema, dagegen ist für Belustigungen durch Karussells und Schaufenst. hindern gestört. Der Markt dauert noch bis Dienstag mittag.

— Handelskurse. Mit der Aufnahmeprüfung am Sonnabend, den 28. d. M., war die feierliche Entlassung des Herrn Oberlehrer Gähler verbunden. Dem Scheiden, der 8 Jahre an der Handelskademie tätig war und mit Otern Aufnahme in das Kollegium der öffentlichen Handelslehrer anhalt in Dresden stand, wurden von Seiten des Leiters der Schule und des Vorstehenden des Handelskolegiums hohe Anerkennung für seine Tätigkeit und Dank ausgesprochen. Daran anschließend wurden die Herren Diplom-Handelslehrer Vitzner und Heusinger der Schule verpflichtet und beidem willkommen geheißen. Der Feier folgte die Aufnahmeprüfung der Schüler, während die der Schülerinnen heute, Sonntag, stattfand. Von den 78 angemeldeten Schülern wurden aufgenommen in Kl. I 4 darunter 3 mit Realschul- (Heisezeugnis), in Kl. II 1 Schüler, in die Volksschule 37 und in Kl. III 31 Schüler, von den gemeldeten 22 Schülerinnen 1 (mit Realschul-Heisezeugnis) in Kl. I und 21 in die Mädchen-Abteilung. Mit den aufgenommenen 95 Schülern und Schülerinnen beträgt die Gesamtzahl 169 und zwar 148 Schüler und 26 Schülerinnen.

— Der neue Minister für Militärwesen. Der seit dem 13. d. M. mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für Militärwesen beauftragte Herr Kirchhof ist zum Minister für Militärwesen berufen worden.

— Tagung des Vereins Sächsischer Schuldirektoren. Der Verein Sächsischer Schuldirektoren hielt am 25. und 26. dieses Monats im Künstlerhaus zu Dresden seine diesjährige Hauptversammlung ab. Ueber den Verlauf wird unserem Vertreter von zukünftiger Seite folgendes mitgeteilt: Der Veranstaltung wohnten einige Ehrenmitglieder, u. a. Herr Unterrichtsminister Syd. Nach Begrüßung durch den ersten Vorsitzenden, Herrn Schuldirektor Wähld, nahm der Herr Minister Gelegenheit, seine Stellung zu den wichtigsten Schulfragen im allgemeinen kurz zu kennzeichnen. Er betonte, daß über den Wert aller Neuerungen der Welt entscheiden muß, der sie erfüllt. Im Hinblick auf den Hauptvertrag des ersten Vorsitzenden: „Die neue Zeit und die Volksschule“ erklärte die Versammlung nun längerer Aussprache auf folgende Hauptpunkte: 1. Die Notwendigkeit gleichmäßiger Förderung des Schulwesens und gerechter Verteilung der Schullasten und andere, den Lehrstand betreffende Gründe lassen in der Gegenwart die Einführung der Staatskole mit Wertschein erscheinen. 2. Den Gemeinden muß das Recht der Verwaltung bei der Schulverwaltung gewahrt bleiben; ebenso müssen dabei die Rechte der Eltern an der Schule zur Geltung kommen. 3. Für das Schulwesen wird gefordert: Vereinfachung, weitgehende Überzeugung nach Fähigkeiten und Bildungsbedürfnissen, leichte Übergangsmöglichkeiten, die allgemeine Volksschule als Grundschule, Aufhebung des Berechtigungsbesells, höhere Einschätzung der abgeschlossenen Volksschulbildung, zu ihrer Ergänzung Einrichtung von Mittelschulen und Ausbau des Fach- und Fortbildungsschulwesens für Angehörige beiderlei Geschlechts. 4. Wir erkennen in der Trennung von Schule und Kirche das Ergebnis geschichtlicher Entwicklung, wünschen aber, daß zwischen beiden das Verhältnis gegenseitigen Vertrauens sich greift. 5. Religion ist als ein unentbehrliches Erziehungs- und Bildungsgut auch weiterhin Unterrichtgegenstand der Volksschule. Auf besonderen Ratetischunterricht wird verzichtet. Die Schulverwaltung wird unter Mitwirkung der Lehrer und Eltern, auf eine breitere Grundlage gestellt. 7. Aus den Rechten und Pflichten der Volksschule leiten die Direktoren die Notwendigkeit ab, daß die Schulen auch fernrechtlich einer besonderen Aufsicht unterstellt werden. Sie stimmen aber dafür, daß die Lehrer und Schulen nur einer Aufsicht unterstellt werden. Diese Aufsicht führt an sogenannten Direktorskollegien der Direktor, an den übrigen der Schulinspektor. 8. Die Wahl des Schuldirektors aus dem Lehr-

stand, durch den Lehrkörper und nur auf Zeit wäre nicht Ausfluß der Selbstverwaltung, sondern der Angehörigenverwaltung und würde die berechtigten Interessen des Staates, der Gemeinde, der Elternschaft und der Schule beeinträchtigen, damit aber nicht dem Wohle der Schule dienen. Sie ist deshalb abzulehnen. Im übrigen legte der Verein in klarer Weise Verwahrung ein gegen die ungerechtfertigten Angriffe und maßlosen Verdächtigungen, die in der Vertreterversammlung des Sächsischen Lehrervereins, insbesondere von Herrn Dr. Wänsche, gegen die Direktoren erhoben worden sind.

— Die Rotgeldscheine des Bezirksverbandes des Großenhain in Abzählungen von 5 und 20 A werden, wie schon mitgeteilt, mit dem 30. April 1919 außer Verkehr gesetzt. Die Einführung dieser Scheine haben Abgenommen: 1. die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt Aktive Alesia und Zweigstelle Großenhain, 2. der Landwirtschaftliche Spar- und Vorkaufverein Großenhain, 3. die Stadtkassen in Rabebura. Außerdem sind die Gemeindevorstände des Bezirks angewiesen worden, die Einführung der Scheine für die Bewohner der Gemeinden bei Gelegenheit zu vermitteln. Die Scheine werden von diesen Stellen nur bis zum 30. April 1919 angenommen. Die nicht eingelösten Scheine verfallen vom 1. Mai 1919 an zugunsten des Bezirksverbandes Großenhain.

— Dresden. Vorlechte Nacht kurz vor 2 Uhr wurden die Bewohner der inneren Altstadt und der nach Südosten gelegenen Vorstädte durch zwei kanonenkugelförmige Schüsse und kurz darauf folgenden Gewehrfeuer aus dem Schlaf geschreckt. Wie sich herausstellte, hatten Vorkriegs einen Anschlag auf das Ständehaus auszuführen versucht. Es wurden gegen die dort postierte Wache der Sicherheits-Truppen Handgranaten geschleudert, die aber niemanden verwundeten, jedoch leichte Beschädigungen am Ständehaus hervorriefen. Die Wache gab einige Flintenschüsse auf die Angreifer ab, die jedoch, anscheinend unversehrt, in der Dunkelheit der Nacht entliefen. Vom Ende des Militärbehörden im Bezirk Großenhain wird zu dem gemeldeten angeblichen Angriff auf das Ständehaus mitgeteilt: Von einem Angriff ist keine Rede gewesen. Zwei Detonationen, anscheinend von Handgranaten, erfolgten um 2 Uhr vormitags auf der Friedrich-August-Brücke. Die im Ständehaus liegende Sicherheitswache wurde alarmiert, konnte aber nichts mehr feststellen. Im übrigen verlief die Nacht ruhig. In der nächsten Schicht wird berichtend weiter gemeldet, daß sich der Vorfall nicht vor dem Ständehaus, sondern in nächster Nähe desselben vor dem Aufgange der Friedrich-August-Brücke ereignete. Ein Hilfsschiff warf dabei 5 Minuten vor 2 Uhr eine Handgranate. Der dabei in diesem Augenblick passierende Doppelbock fuhr sofort hinter die Ummauerung der Friedrich-August-Brücke und blieb glücklicherweise unversehrt. Nachdem die Handgranate mit weiblichen Waffentönen Detonation explodiert war, gab die betenden Mannschaften an den in der Richtung nach dem Terrassenufer zu liegenden Alentäner mehrere Schüsse ab, ohne ihn jedoch anscheinend getroffen zu haben, denn der Alentänder entkam spurlos im Dunkel der Nacht. — Am Sonnabend 1/10 Uhr explodierten zwischen Zwinger und Sophienkirche ein auf die Schienen der Straßenbahn geleiste mit Sprengstoff gefüllte Kiste, als ein Wagen der Straßenbahn über die Stelle fuhr, mit harter Detonation, die einen großen Aufstand zur Folge hatte. Verwundet wurde kein Mensch, jedoch mußte der Wagen außer Betrieb gesetzt werden.

— Dresden. Die „Dresdn. Nachrichten“ melden: Im Auftrag des Reichsarbeitsministeriums werden sich Wirtschaftswissenschaftler Schwarz, Geh. Kommerzienrat Marwitz aus Dresden und Geh. Kommerzienrat Döbel aus Leipzig nach Paris begeben. Sachsen als Mitglied stellt seine eigenen Vertreter zur Konferenz. Solche werden nur von reichswegen entlassen, was aber nicht ausbleibt. Sachverständigen aus Sachsen an benennen. — Eine Brauer Zeitung meldet, daß die sächsische Regierung für 5 Millionen Kronen Schiffsmaterial für die sächsische Regierung verkauft habe. In dieser Meldung ist kein wahres Wort. Sie ist um so bedauerlicher, als die sächsische Regierung keinerlei derartiges Schiffsmaterial an der Hand hat, das sie verkaufen könnte. — Die Tagung für Wohnungsbau ging gestern mittag zu Ende mit einem Besuch des neueren Teiles der Gartenstadt Dellerau. Im unmittelbaren Anschluß hieran erfolgte die Besichtigung der Sonderausstellung der Kriegerkolektion in Hähntz, die in der neuen Volkshalle in Dellerau untergebracht ist. — Die sächsischen freiwilligen Grenzjäger-Regimenter können nach Mitteilung der Zentralverleihe bis auf weiteres nur noch gebiete Mannschaften einstellen, da die für längere Zeit bestimmten Stellen besetzt sind. — Die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Dresden legt 10000 Mark Belohnung für die Ermittlung derselben aus, die den Minister Neuring in der Absicht, ihn zu töten, von der Brücke stießen und auf den mit den Blüten kämpfenden geschossen haben.

— Chemnitz. Gestern veranstalteten die hiesigen Kommunisten verschiedene Versammlungen und einen Umzug. Von den Rednern wurde gegen den Belagerungszustand protestiert und zur Beseitigung der Versammlungsteilnehmer gegen nach dem Königplatz, wo nach 11 Uhr etwa 1500 bis 2000 Personen zusammenkamen. Dies wurde von dem Redner Ewert eine Ansprache gehalten. Dann folgte ein Umzug über den Markt, wo ebenfalls ein Redner sprach, nach dem Kaiserplatz. Nach einer kurzen Ansprache löste sich hier der Umzug auf.

— Bismarck. Die Polizei beschlagnahmte hier einen großen Vorrat Weizenmehl, das von einer Betriebsgenossenschaft für Beamte im Saleihandel bezogen worden war und an die Genossenschaftsmitglieder zum Preise von 4,50 M. für das Hund verkauft werden sollte.

— Borsdorf. Am Freitag wurden sechs böhmische Schumacher von Steinpohl bei Aich i. V. verhaftet und ins Amtsgericht Borsdorf eingeliefert. Sie hatten eine große Menge Honig, die 600 M. Zoll gefolgt hätte (das Kilogramm Brautwein kostet einchl. Flaschengewicht 14 Mark Zoll) bei Bad Elster über die Grenze geschmuggelt. Als Hinterziehungstrafe haben die Burschen neben der Beschlagnahme der Ware außer dem gesetzlichen den vierfachen Zoll zu zahlen. Trotz dieser empfindlichen Strafen, zu denen bei Handlungsmangel noch Freiheitsstrafen treten, blüht an der Grenze der Schmuggelgeschäft wie nie zuvor.

— Leipzig. Die Leipziger Frühjahrsmesse wurde gestern, Sonntag, vormittag eröffnet. Die Beteiligung von Ausstellern und Besuchern ist, wie wir einem Bericht in den „Dresdn. Nachr.“ entnehmen, gewaltig und betrifft alle vorübergehenden Kriegs- und Friedensmessen. Die Ausstellung von Neubetten zeigt eine weit größere Auswahl, als es in der bisherigen Kriegszeit der Fall war. Die neue Ausstellungshalle auf dem Marktplate, die dem Mangel an Ausstellungsräumen abhelfen soll, ist bis zum letzten Platz besetzt. Ueber den Verlauf des Geschäftes hörte man überall beherzigende Urteile. Die Stimmung ist ausgeglichen infolge der Erklärung der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, daß, wenn die Regierung die Leipziger Arbeiterschaft nicht propoziere, die Messe durch die Arbeiterschaft nicht gefördert werden werde. Wegen der neuen Entwurf- und Modellmesse im alten Rathaus, die eine Vermittlungsstelle zwischen Künstlern und Fabrikanten schaffen soll, fand eine Sitzung auf dem Marktplatz statt, in der der Direktor des Leipziger Kunstgewerbemuseums Professor Kraus und Professor Peter Behrens das Wort nahmen. Es wurde beschlossen, zur Organisation dieser Messe einen Ausschuss zu wählen, dem Künstler, Industrielle und Händler angehören sollen.

— Leipzig. Zur Bekanntmachung der sächsischen Regierung über die Freier des 1. Mai schreibt die Leipziger „Volkshalle“: „Sag mir unter dem alten Regime! Malfeiler, Demonstrationen — verboten! Ansprachen genehmigungspflichtig! Eine „sozialistische“ Regierung, die die Malfeiler verbietet! Wie lebt es sich so bereit und frei im Vollstaat Sachsen unter der väterlichen Fürsorge Gradnauers! Das Leipziger Proletariat wird doch seinen Mai auf seine Weise feiern trotz Gradnauer.“ — Die „Leipziger Volkshalle“ bezeichnet den von mahabender Leipziger Seite an ihren Leitartikel vom Freitag geschickten Kommentar als erneute Provokation und schreibt: Die Reichsregierung will die Leipziger Verhältnisse ändern. In Leipzig vertritt das kassenbewußte Proletariat die Mehrheit der Bevölkerung. Die Leipziger Verhältnisse ändern erfordert die Niederlegung der Leipziger Arbeiterschaft mit Mitteln der brutalen Gewalt. Die Reichsregierung mag Märkte schicken. Sie mag weiter provozieren. Die Verantwortung für die Folgen kommt über sie. Die Leipziger Arbeiterschaft wird jedoch nur umso revolutionärer werden. — Von der sächsischen Staatskanzlei wird folgendes mitgeteilt: Das „Leipziger Tageblatt“ hat im Hinblick auf die Mitteilung über die Verhandlung des Belagerungszustandes von reichswegen eine Berliner Meldung weitergegeben, wonach General Wäcker beauftragt sein soll, die Durchführung der für Aich befindlichen militärischen Operationen in Leipzig, möglicherweise die Besetzung durchzuführen. Die sächsische Regierung stellt demgegenüber fest, daß ihr von einem solchen Vorhaben nichts bekannt ist. Entschuldigungen über etwaige spätere militärische Maßnahmen gegen Leipzig werden davon abhängig sein, wie sich die zuerst in Leipzig mahabenden Parteien gegenüber den Anordnungen der Reichs- und Landesregierung verhalten werden. — Im Straßenbahnbereich ist eine Einigung erzielt worden. Der neu abgeschlossene Tarifvertrag soll Geltungsdauer vom 1. Mai bis 30. September haben. Wenn die Verhinderung der Straßenbahn früher eintrete, solle die Stadt nicht an den Vertrag gebunden sein. Die Streiktage sollen nicht bezahlt werden. Es wird aber dem Veronal für den Monat April eine einmalige Teuerungzulage von 65 M. auf die Person bewilligt. Am Sonntag sollte der Straßenbahnbetrieb voraussichtlich wieder aufgenommen werden.

## Tagesgeschichte.

### Deutsches Reich.

— Ein feiner Polizeipräsident. Aus Berlin berichtet man uns: Seit der Revolution hat das deutsche Volk manche Gewaltthaten kennen gelernt, die ihre politische Nachwirkung verbrecherisch auszuwirken haben. Besonders München kann genaugewärtig davon erzählen. Aber der verlorene Berliner Polizeipräsident Eichhorn, der eben wieder in Halberstadt gewaltam von der Haft befreit worden ist, wird doch immer ein hervorragender Vertreter der Verbrechenswelt in revolutionärer Nachstellung bleiben. Was aus dem Schoße des parlamentarischen Unterwuchers aus dem Amtsschloß der Berliner „Amtsträgheit“ öffentlich mitgeteilt wird, stellt den Gipfel skandalösen Mißbrauchs der Amtsgewalt an parteipolitischen und persönlichen Sonderzwecken dar. Er mag sich bewußt nicht nur mit rücksichtslosen Parteilichkeiten, sondern auch mit zahlreichen Bestechungen, Verbrechen und Subalternen. Die notwendigen Geldsummen zur Bezahlung dieser Leibgarde und zur Bestreitung seiner persönlichen Bedürfnisse erprekte er durch ausgesandte Solizisten, die mit vorgeschalteten Revolver die Kassenbeamten zur Herausgabe des Geldes nötigten. Er schreckte auch vor Unterschlagungen anvertrauter Gelder und beschlagnahmter Waren nicht zurück. Einbrecherwerkzeuge und eine Notensprengung zur Herstellung falschen Geldes führten im Amtszimmer des verstorbenen Polizeipräsidenten nach seiner Flucht ein beschändetes Tafeln. Kurz und gut, die nachträglichen Feststellungen legen den Mann, der einige Wochen die höchste Polizeigewalt in der Reichshauptstadt verkörpern durfte, durchaus im Lichte des gemeinen Verbrechens. Und trotzdem konnte er nachher noch auf die Regierung Braunschweigs mahabenden Einfluß geltend machen und in Halberstadt rottete sich die unabhängige Sozialdemokratie unter Führung der „republikanischen Volkshalle“ zusammen, um ihn gewaltam aus dem Gefängnis zu befreien!

— Presse-Gewerkschaft. Der Reichsverband der deutschen Presse hielt am Sonntag, den 27. April in Berlin eine Delegiertenversammlung ab. Der grundlegende Paragraph der neuen Satzungen wurde angenommen, nach dem der Reichsverband seine Umbildung in eine gewerkschaftliche Organisation vollzieht. Die Beratungen wurden am heutigen Montag fortgesetzt.

— Kundgebung gegen die Loslösung deutscher Gebiete. Im Balak-Theater Zoo in Berlin fand gestern eine vom Reichsverband Ostland eiderufene Protestversammlung statt, die von vielen Tausenden Männern und Frauen aller Parteien besucht war und sich zu einer erhebenden zünftigen Kundgebung gegen die Loslösung deutscher Gebiete in Ost und West gestaltete. Es sprachen der Minister des Innern Heine, Dr. Wadnisk, Dr. Pfeifer und Weinhausen. Nach den von lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen der Redner wurde einstimmig eine Entschliegung angenommen, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die von Tausenden von Verlorenen beachtete Versammlung mit größter Entschiedenheit gegen jede Verleumdung Deutschlands protestiere. Sie fordert einen Frieden der Verständigung nach den Richtlinien Wilsons und verlangt das Selbstbestimmungsrecht in den zweisprachigen Grenzmarken auch für die Deutschen. Insbesondere weist die Versammlung mit Entschiedenheit die übertriebene Ansprache des Volentums auf die deutschen Ostprovinzen zurück, da ihre Verwirklichung etwa drei Millionen deutscher Kulturpioniere unter das Joch der Fremdherrschaft bringen würde.

— Der Veronenverkehr am 1. Mai. Am 1. Mai wird der Veronenverkehr in vollem Umfange anfechtbar sein. Im Güterverkehr herrscht im allgemeinen Sonntagsruhe. Es sollen im wesentlichen nur Bäge mit Lebensmitteln und Äpfeln gefahren werden.

— Für Völkerverbund und Welthandel. Auf Anregung der Liga für Völkerverbund fand gestern in der Alberthalle in Leipzig eine stark besuchte öffentliche Versammlung statt, die sich zu einer bedeutenden Kundgebung für Völkerverbund und Welthandel gestaltete. An Stelle des behinderten Reichsfinanzministers Dr. Dernburg hielt Professor Dr. Luidde (München) die Rede, die darin gipfelte, daß aus der Friede wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung aller Völker bringen müsse. Auch unsere eigene intensive Arbeit sei zu einem wirtschaftlichen Aufbau unerlässlich. Hierauf fand folgende Entschliegung einstimmige Annahme: Die heute im Kriehallpalast versammelten Leipziger Einwohner und Besucher aus allen Teilen des Deutschen Reiches und des neutralen Auslandes bekennen sich in dem Vertrauen auf die sittliche Macht des Rechtes zu dem großen Gedanken des Völkerverbundes. Bezündet auf die Grobündigkeit aller seiner Mitglieder wird er die Menschheit zu gemeinsamen Arbeit vereinigen und der Welt dauernden Frieden sichern.

— Internationale Sozialistenkonferenz. In Amsterdam trat die internationale Sozialistenkonferenz zusammen. Das Programm umfaßt folgende sieben Punkte: 1. Debatte über den Abbruch der Pariser Friedenskonferenz. 2. Die Entsendung einer Studienkommission nach Italien. 3. Die territorialen Fragen. 4. Die auf das Moskauer Manifest zu gebende Antwort. 5. Die neuen Statuten der Inter-